

gehandelt haben, und zweitens werden diese Personen nicht als Geschäftsführer in den neuen Kapitalgesellschaften vorgeschlagen.

(Beifall)

(Zuruf: Sie haben sich zum Teil bereits selbst eingesetzt.)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

(Vereinzelt Beifall)

Mäder (Bündnis 90/Grüne):

Was gedenkt Ihr Ministerium zu tun - in Auswirkung der auf uns zu rollenden Marktwirtschaft - mit der Beseitigung der Mülllawine? Ich denke speziell an das Leergut. Das Leergut ist im Moment schon in der Situation, daß es nicht mehr abgefaßt werden kann. Betriebe schließen, und es wird nicht mehr angenommen.

Dr. Jurich, Staatssekretär im Ministerium für Handel und Tourismus:

Gestern ist im Ministerrat beschlossen worden, einen Fonds von 120 Millionen bereitzustellen, um die Attraktivität dieser Abführung wieder in das Licht zu rücken, wo sie hingehört, damit die Räumung usw. wieder ordentlich erfolgen kann.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage? - Bitte schön.

Claus (PDS):

Herr Staatssekretär, bei mir ist bisher der Eindruck entstanden, in Ihrem Ministerium wird die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien doch mit zentralistischen Mitteln versucht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Würden Sie versuchen, mein gewiß unqualifiziertes Urteil in den nächsten Ausführungen zu entkräften?

(Beifall bei der PDS)

Dr. Jurich, Staatssekretär im Ministerium für Handel und Tourismus:

Diese Frage beinhaltet den Widerspruch, wenn ich es so sagen darf, vor dem wir stehen. Einerseits wird die Marktwirtschaft gefördert, in jeder Weise, durch Umwandlung in Kapitalgesellschaften usw., wird die Eigenständigkeit der Betriebe motiviert, und andererseits werden das Ministerium oder die Frau Minister gefragt, warum in dem Betrieb Sowieso oder in der Kaufhalle Sowieso die Sache nicht klappt. In diesem Widerspruch bewegen wir uns zur Zeit, und deshalb braucht man auch eine gewisse Übergangsperiode.

Daß eine marktwirtschaftliche Entwicklung zentralistisch vom Ministerium aus dirigiert würde, ist mir nicht bekannt. Es ist eindeutig den Treuhandgesellschaften und ihren Zweigstellen in den Bezirken diese Entscheidung überlassen. Das Ministerium hat noch nie gebremst, sondern immer gefördert und diese Dinge beschleunigt.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Herr Staatssekretär! Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage? Bitte schön.

Dr. Schramm (CDU/DA):

Gestatten Sie eine Frage. Wenn Sie schon die Verantwortung in Richtung Bezirke und Kreise abschieben, warum geben Sie dann nicht den neugewählten Landräten administrative Instrumentarien in die Hand, um sich gegen solche Vorgänge, wie sie hier geschildert werden, zu wehren und nicht aufpassen zu müssen, wie die Betriebe zusammenbrechen und dann diese Leute vor das Landratsamt gehen und den Landrat, der eigentlich nichts dafür tun kann, zur Verantwortung ziehen?

Dr. Jurich, Staatssekretär im Ministerium für Handel und Tourismus:

Ich gehe nicht davon aus, daß die Verantwortung abgeschoben werden soll. Es ist objektiv nicht möglich, von Berlin aus in jedem Kreis oder in jedem Ort die Dinge zu kontrollieren oder zu gestalten. Das ist nicht möglich. Man braucht Umsetzungsmechanismen, und diese werden jetzt in den Bezirken wieder aktiviert, und ich darf Ihnen sagen, daß zur Zeit die Verbindung zwischen Bezirk und Kreis in jedem Bezirk abgerissen ist, um aktiv zu sein. Nächste Woche wird im Zusammenhang mit dem entsprechenden Ministerium, in dem die Landräte zusammengefaßt werden, unser Ministerium auftreten und dort den Herren Landräten sagen, wie wir uns die Leitungs- und Versorgungsprozesse in den Kreisen vorstellen, um sie zu unterstützen. Das geht bis hin zu Empfehlungen für die Struktur usw.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Fahren Sie jetzt mit Ihren Ausführungen fort, damit der Charakter dieser Aktuellen Stunde durch die Fragen nicht gesprengt wird. Bitte schön.

Dr. Jurich, Staatssekretär im Ministerium für Handel und Tourismus:

Ich wollte noch sagen, daß sich die Warenbereitstellung für den 1.7. jetzt zu einem Hauptproblem entwickelt. Ich möchte Sie bitten, Verständnis dafür zu zeigen, daß wir nicht nur vom Handel aus - und das ist jetzt noch der Fall - permanent an die Produktionsbetriebe schreiben und telefonieren, um Angebote einzubringen, sondern daß seitens der Produktion auch aktiv für den Absatz ihrer Erzeugnisse geworben wird. Deshalb unterstützen wir auch sehr, Herr Präsident, die hier vorgetragene Entscheidung, daß die Produktionsbetriebe direkt an die Verkaufsstellen liefern sollen, daß sie direkt verkaufen können usw.

Wenn Sie gestatten, Herr Präsident, noch ein Wort zu dem Brot von Berlin. Es ist so, daß solche Dinge natürlich sehr wirksam sind, auch öffentlichkeits- und massenwirksam sind. Ich darf Ihnen sagen, daß in der Presse gesagt wurde, der Handel habe das Brot nicht abgenommen.

Fakt ist eins, und ich gestatte mir, es exakt zu sagen, damit keinerlei Unterstellungen erfolgen können: Zu den in der Presse veröffentlichten Kritiken zur Verfütterung und zur Versorgungsproblematik bei Brot erfolgten am 5.6. Aussprachen mit den zuständigen Kombinatdirektoren und Verkaufsstellenleitern. Fakt ist: Der Kombinatdirektor des Backwarenkombinates, Herr Mittelstedt, äußerte im Gespräch, daß zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung zu Versorgungshöhepunkten immer ein Mengenrisiko besteht und das Übrigbleiben geringer Brotmengen ein ganz normaler Vorgang ist. Er brachte eindeutig zum Ausdruck, daß der Handel die nicht volle Übernahme der produzierten Brotmenge am Freitag vor Pfingsten nicht zu verantworten hat.

Als Ursache folgende Fakten: Die durchschnittliche Produktion zur Sicherung der Wochendversorgung liegt am Freitag bei etwa 340 bis 350 t Brot, die Bestellung des Einzelhandels am Freitag betrug 354 t. Ausgeliefert wurden 341 t. Das übrige Brot, ich möchte Ihre wertvolle Zeit nicht zu lange in Anspruch nehmen